

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Versandstelle: Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Hinterhaus)  
 Fernruf Lügow 5583/84 / Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 RM.  
 Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichsposlliste unter Nr. 1628 / Kreuz-  
 bandsendungen u. Postüberweisungen durch die Versandstelle des Verbandes finden nicht statt



Anzeigengebühr: Die 8 gespaltene Zeile 1 RM. / Aufnahme nur bei vorheriger  
 Gebühreneinsendung auf Postfach Leipzig Nr. 50383: Deutscher Steinarbeiter-Verband,  
 Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Hinterhaus) / Rabatt wird nicht ge-  
 währt / Blattschluß ist Sonnabends vormittags

37. Jahrgang

Sonnabend, den 8. Juli 1933

Nummer 27

## Aufbruch!

### An alle organisierten und unorganisierten deutschen Steinarbeiter

Die deutsche Revolution hat im ersten Anlauf die Herzen aller ehrlichen deutschen Arbeiter erobert und ist so gefestigt, daß sie keine Widersacher zu fürchten braucht.

Wir Nationalsozialisten haben im Verlauf der Nachkriegsjahre immer ganze Arbeit geleistet. Wir werden auch in Zukunft so handeln, daß jede unserer Arbeiten vor der Nachwelt bestehen kann. Vielleicht hat es noch nach dem 5. März in Deutschland Leute gegeben, die geglaubt haben, unsere Anständigkeit als Schwäche auslegen zu dürfen. Wir haben diese naiven Herrschaften gewarnt. Nachdem die Warnung nichts geholfen hat, mußten wir nach dem Grundsatz handeln:

**Wer nicht hören will, muß fühlen!  
 Aus diesem Grunde ist die SPD.  
 verboten worden.**

Die Leute, die Deutschland seit Jahrzehnten auf einen Umsturz hin bearbeitet haben, der in seinen Auswirkungen die deutschen schaffenden Stände nur ins Elend bringen konnte, diejenigen Leute, die nach dem Kriege mit volks- und blutsfremden Einwanderern Korruptionsgeschäfte machten, diejenigen Leute, die zum Schaden der Arbeiterschaft es sehr gut verstanden hatten, ihre eigenen Taschen zu füllen, alle diese Oberlumpen und fetten Bonzen haben geglaubt, im heutigen Deutschland ihre früheren Angewohnheiten beibehalten zu können.

Während die Leitung der SPD. sich nach dem Ausland verzog, um von Prag aus hochverräterische und Landesverräterische Unternehmungen gegen Deutschland und seine vom Volke anerkannte Regierung in die Wege zu leiten, blieben einige der früheren Führer der SPD. in Deutschland, um sich hier in der Rolle der frommen Helene zu gefallen. Allerdings hielten die letzteren uns Nationalsozialisten für sehr viel dümmer, als ihnen selbst zuträglich war.

Die in Deutschland verbliebenen SPD.-Leute murmelten zwar davon, daß sie sich nicht mit den im Ausland befindlichen roten Genossen für solidarisch erklärten. Es fiel aber der in Deutschland befindlichen Leitung der SPD. nicht ein, die in der Sommerfrische in Prag befindlichen Deserteure aus der Partei auszuschließen. Man muß dabei allerdings berücksichtigen, daß in der SPD. das Wort „Deserteur“ bisher als Ehrentitel galt.

Nun ist es aber der Polizei gelungen, bei einer Geheimversammlung sozialdemokratischer Führer in Hamburg überraschend einzudringen und landesverräterisches Material vorzufinden.

Diese Tatsache zeigt ganz deutlich, daß es der Parteileitung der SPD. in Deutschland nicht darum zu tun

war, sich ehrlich zu der rechtmäßigen Regierung zu bekennen, sondern daß sie, wie bisher, ihre staats- und volksfeindliche Politik weiter betreiben wollte. Die deutsche Regierung hat mithin keinen Anlaß, diese Sorte Nachgenossen anders zu behandeln als die KPD. Aus diesen Gründen ist die SPD. verboten worden.

Mit dieser Maßnahme ist ein Feind des deutschen Volkes unschädlich gemacht worden, und wir werden dafür sorgen, daß dieser Feind bei dem geringsten Versuch, noch einmal lebendig zu werden, zum zweiten Male totgeschlagen wird, und dann aber richtig.

Die Feinde unseres Volkes können tatsächlich sagen: Ein Unglück kommt selten allein, denn am selben Tage ist ein zweiter Feind des deutschen Volkes unschädlich gemacht worden.

Es ist festgestellt worden, daß die christlichen Gewerkschaften unsere Anständigkeit mit Undank und Unloyalität beantwortet haben. Außerdem ist in diesen Verbänden bezüglich der Rassen- und Wirtschaftsangelegenheiten die größte Korruption festgestellt worden. Aus diesen Gründen hat der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Pp. Dr. Robert Ley, verfügt:

„Alle Dienststellen der christlichen Gewerkschaften und der Angestellten-Verbände sind mit Nationalsozialisten zu besetzen. Die Mitglieder des großen Arbeitskonvents der Deutschen Arbeitsfront:

Bernh. Otte,  
 Friedr. Baltrusch,  
 Dr. Theod. Brauer,  
 Franz Berends,

sowie die bisherigen Führer der christlichen Gewerkschaften (Stegerwald, Imbusch u. a.) werden von mir aus der Deutschen Arbeitsfront ausgeschlossen. Sie dürfen selbstverständlich keinerlei Amt führen, und es ist hiermit allen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront verboten, irgendwelche Verhandlungen mit diesen Leuten zu führen. Hierdurch soll dokumentiert werden, daß jeder, der es wagt, den großen revolutionären Aufbau unserer Nation anzutasten, für alle Zeit geächtet wird.“

Wir bleiben niemals vor halben Maßnahmen stehen.

Nachdem die SPD. verboten ist, nachdem die christlichen Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront unter nationalsozialistischer Führung eingegliedert sind, nachdem der Deutschnationale Kampfring und die Stahlhelm-Selbsthilfe aufgelöst wurden, nachdem der Stahlhelm selbst der NSDAP. unterstellt worden ist, ist nun endlich einmal erreicht, daß in Deutschland nicht mehr 10 bis 20 verschiedene sogenannte Führer etwas zu sagen haben, sondern daß die gesamte Willensmeinung in

einer Hand liegt. Nur dadurch kann für den deutschen schaffenden Menschen erreicht werden, daß seine Zukunft sichergestellt wird. Wir haben heute nicht mehr notwendig, auf diese oder jene Partei Rücksicht zu nehmen und mit diesen Parteien zu verhandeln, sondern wir kennen in Zukunft nur einen Weg:

**unbeirrt den Weg gehen, den uns unser  
 eigenes Gewissen vorschreibt, um das  
 Schicksal des deutschen Arbeiters so zu  
 gestalten, wie er es auf Grund seiner  
 ehrlichen Arbeit und seiner Vaterlands-  
 liebe verdient.**

Jeder deutsche Arbeiter kann versichert sein, daß wir uns von diesem Wege durch nichts und durch niemanden abbringen lassen. Jeder einzelne, der es wagt, uns beim Aufbau des dritten Reiches in die Arme zu fallen, wird von uns als Feind des Volkes betrachtet und unbarmherzig vernichtet.

Wir müssen uns die falsche Menschlichkeit abgewöhnen, auf Einzelschicksale Rücksicht zu nehmen, während die Masse des deutschen Volkes durch diese Rücksichtnahme Schaden leidet und in den Abgrund versinkt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß es menschlicher ist, einzelne Parasiten und Feinde des Volkes unbarmherzig zu vernichten, wenn wir damit dem deutschen Volke dienen.

Um jedem gutgewillten deutschen Volksgenossen die Möglichkeit zu bieten, an unserem großen Werke mitzuarbeiten, hat der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Pp. Dr. Ley, einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft erlassen.

Dieser Aufruf lautet:

„Deutscher Arbeitsmensch in Stadt und Land! Der 2. Mai, vorbereitet durch den herrlichen Tag der Arbeit am 1. Mai, hat die Werkzeuge des roten und konfessionellen Klassenkampfes, die Freien und Christlichen Gewerkschaften sowie sämtliche übrigen Organisationen des arbeitenden deutschen Menschen durch einen unvergeßlich revolutionären Akt in unsere Hand gegeben. Alle Einrichtungen sind das, was die Menschen aus ihnen machen.

Wir sind gewillt, aus ihnen ein unererschütterliches Fundament für das neue Deutschland zu machen:

#### Die Deutsche Arbeitsfront!

In unermüdlicher Arbeit ist der dickste Schmutz ungeheuerlichster Korruption hinweggeräumt, und man hat mit dem Aufbau im nationalsozialistischen Sinne begonnen. Jetzt treten wir in einen neuen Abschnitt ein. Zwei große Aufgaben stelle ich hiermit der NSDAP. und allen Gutgesinnten in der Deutschen Arbeitsfront:

Es muß eine **Generalsäuberung** bis in die letzte Zelle und bis in den **letzten Betriebsrat** hinein durchgeführt werden. Sie sollen uns nicht mit scheinheiligen Ergebenheitsbeteuerungen kommen. **Besser ist besser. Wir entfernen sie von der Führung. Wer gestern noch rot oder schwarz war, oder in den vielerlei bürgerlichen Organisationen gegen den Nationalsozialismus kämpfte, kann heute nicht Führer sein. Er muß entfernt werden, rücksichtslos und brutal, zum Wohl des Ganzen und zum Wohl des Volkes.**

Verjäumen wir diese Pflicht, so klagen wir demaleinst nicht das Schicksal an, wenn es uns wegen dieser Verjäumnis vernichten sollte. Gerade die Genfer Vorgänge haben mir bewiesen, wie notwendig diese Generalsäuberung ist. Wer als **Margist oder Zentrumsman** an führender Stelle stand, wird nie den Nationalsozialismus begreifen und wird ewig sein Feind sein.

Bis zum 1. August haben mir der Gesamtverband der Angestellten und der Gesamtverband der Arbeiter zu melden, daß diese Säuberung durchgeführt ist.

Dies ist eine Erkenntnis und nun kommt die **zweite**: Hiermit verbunden fordere ich, daß alle Mitglieder der NSD. und alle wirklich Gutgesinnten in der Arbeitsfront ihre letzte Kraft anspannen, damit ein noch nie dagewesener Werbefeldzug durchgeführt wird.

Die NSD. und die Gesamtverbände haben mir bis zum 1. Juli zu melden, wie sie diesen Kampf durchführen werden. Wir wollen mit jedem, der Deutschlands Wohl will, in Frieden leben. Jeder aber, der glaubt, sich heute noch gegen das neue Deutschland stemmen zu können oder in einer lächerlichen Verblendung gegen dasselbe kämpfen zu müssen, wird vernichtet werden.

## Hier gibt es keinen Pardon.

Arbeiter, Angestellte, Arbeitsmenschen in Stadt und Land! Ich habe Euer Vertrauen und ich bin stolz darauf und dankbar dem Schicksal, daß es mich gerade zu dieser hohen Aufgabe ausersehen hat, und wir alle wollen täglich den Himmel bitten, daß er uns unseren einzigen und herrlichen Führer Adolf Hitler erhalten möge. Mit Hitler in die neue Zukunft, Deutschland wird und muß leben, und Ihr und wir alle werden mitleben in Freiheit, Glaube und Ehre!" **gez. Dr. Ley.**

Als Verbandsleiter des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes gebe ich allen organisierten und unorganisierten Steinarbeitern in Deutschland Kenntnis von diesem Aufruf.

Es soll niemand sagen können: „Man hat mich nicht gerufen, ich habe nicht gewußt, um was es sich handelt, sonst hätte ich mitgeholfen.“

Schreibe hiermit jeden gutgewillten deutschen Steinarbeiter auf, an unserer kommenden Arbeit mit allen Kräften mitzuhelfen. Wir haben nun einmal alle Feinde und Gegner unseres Wollens beseitigt, und wir alten Kämpfer in der NSDAP. lassen uns eher erschlagen, als daß wir nur einen Schritt von unserem Wege abweichen.

Es kann lange dauern, bis wir alle unsere Ziele erreicht haben, aber erreichen werden wir sie auf jeden Fall!

Ich erlasse deshalb an alle organisierten und unorganisierten Steinarbeiter Deutschlands folgenden

## Aufruf!

Bis zum 12. Juli melden mir sämtliche Ortsgruppen mit namentlichen Listen, welche organisierten und unorganisierten deutschen Steinarbeiter sich an den kommenden Massenversammlungen der NSD., die zugleich ein Treuebekenntnis zur deutschen Regierung und zum deutschen Volke darstellen sollen, beteiligen wollen.

In diesen Listen haben die betreffenden deutschen Volksgenossen einzutragen:

Vor- und Zuname, Beruf, Wohnort, Straße und Hausnummer.

Die Listen sind sofort bei den Amtswaltern der Ortsgruppe aufzulegen und sämtlichen in Frage kommenden Volksgenossen Gelegenheit zu geben, sich zu jeder Stunde in die Listen einzutragen.

Ich erwarte, daß von dieser letzten Möglichkeit, sich zum deutschen Volkstum zu bekennen, jeder Steinarbeiter in Deutschland Gebrauch macht. **Wer auf den Listen fehlt, wird von uns als Volksfeind behandelt. Wer nicht für sein Volk ist, muß in Kauf nehmen, daß sein Volk gegen ihn ist!**

Mit diesem Aufruf verbinde ich zugleich die **letztmalige** Aufforderung, in den Verband einzutreten. Es gibt für jeden Steinarbeiter in Deutschland nur einen Verband und das ist der **Deutsche Steinarbeiter-Verband!** Andere „Klingel-Vereine“ gibt es nicht mehr in Deutschland. Zum Eintritt in den Verband ist jeder beruflich zum Steinarbeitergewerbe gehörige Deutsche verpflichtet. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob er bisher organisiert war oder nicht, oder ob er Mitglied der NSD. ist oder nicht.

Für die NSD.-Mitglieder ist lt. Rundschreiben hinsichtlich der Zahlung eine Regelung getroffen worden, so daß diese NSD.-Mitglieder genau den gleichen Beitrag insgesamt bezahlen, wie die anderen Verbandsmitglieder.

Es ist also in jeder Beziehung ein gerechter Ausgleich geschaffen. Meckereien gibt es in Zukunft mithin nicht mehr!

Verpflichtet ist jeder deutsche Steinarbeiter, in den Verband einzutreten. Wer nicht im Verband ist, verliert sein Staatsbürgerrecht, verliert das Anrecht auf Arbeit, verliert den Anspruch auf Unterstützung.

Wer jetzt meine Anordnungen immer noch nicht versteht, den haben die Götter mit **Blindheit** geschlagen, und er muß die Folgen seiner **Dummheit** selber tragen.

Heil Hitler!

**A. Piontek**

Verbandsleiter

# Reichsautobahnen und neues Straßennetz

## Hitlers Plan für eine neue Arbeitsbeschaffungs-Aktion vom Kabinett beschlossen

In der letzten Ministerbesprechung berichtete Reichsaußenminister Freiherr von Neurath über die Arbeiten der Londoner Weltwirtschaftskonferenz, wozu der Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg und der Reichsbankpräsident Dr. Schacht auch von sich aus noch nähere Darlegungen machten. Dr. Schacht sprach dabei auch über seine persönlichen Verhandlungen mit den kurzfristigen und langfristigen Gläubigern, die teilweise bereits zu einem Ergebnis geführt haben.

### Ergänzung zum Beamtengesetz

In der darauffolgenden Kabinettsitzung wurden folgende Gesetzentwürfe verabschiedet: ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, ein Gesetz über die Aufhebung der im Kampfe für die nationale Erhebung erlittenen Dienststrafen und sonstige Maßregelungen. Ebenso billigte das Reichskabinett ein Gesetz über die Aufwertung der Bürgerschuld des Deutschen Reiches für die Deutschen Schutzgebietenanleihen. Dieses sieht einen Aufwertungssatz von 12½ Proz. vor und als Zahlungstermin für den Aufwertungsbetrag den 1. Juli 1939.

### Generalinspekteur für das Straßenwesen

Das Reichskabinett genehmigte ferner die Errichtung eines Unternehmens „Reichsautobahnen“. Danach wird die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ermächtigt, zum Bau und Betrieb eines leistungsfähigen Netzes von Kraftfahrbahnen ein Zweigunternehmen zu errichten, welches den Namen: Reichsautobahnen trägt. Die Kraftfahrbahnen sind öffentliche Wege und ausschließlich für den allgemeinen Verkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt. Der Reichszankler bestellt einen Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, der die Linienführung und Ausgestaltung der Reichsautobahnen bestimmt.

Die Verwaltung und Vertretung des Unternehmens übernimmt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Für die Benutzung der Reichsautobahnen werden Gebühren erhoben. Der Reichsinspekteur ist mit allen notwendigen Vollmachten ausgestattet. Für das neue Unternehmen ist auch das Enteignungsrecht vorgesehen. Im Zusammenhang hiermit wird ein neues Reichswegegesetz erlassen werden.

Dieser Plan ist bekanntlich auf die persönliche Initiative des Reichszanklers zurückzuführen. Es wird in Durchführung des beschlossenen Gesetzes in Deutschland ein Autostraßennetz

errichtet werden, wie es bisher in der Welt noch nicht existiert. In diesem großzügigen Plan kommt der Glaube an die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und an eine gewaltige Entwicklung des Kraftwagenverkehrs sichtbar zum Ausdruck. Die geplanten Autobahnen, mit deren Bau unverzüglich begonnen werden soll, werden der deutschen Volkswirtschaft gewaltige Impulse und der deutschen Landschaft ein völlig neues Bild geben. Sie werden das kraftvolle Sinnbild des neuen politischen Zeitalters für spätere Generationen sein, das mit der Regierung Hitler begonnen hat.

Die Auswirkungen dieses gigantischen Straßenbauprojektes werden sich nicht nur in neuen Beschäftigungsmöglichkeiten größten Umfangs zeigen, sondern auch zu einer völligen Neugestaltung der Treibstoffwirtschaft und zu einem gewaltigen Aufschwung der nationalen Produktion führen. Schließlich werden sich in Verfolg dieser Pläne auch ganz neue Perspektiven für die Handelspolitik eröffnen.

Verabschiedet wurden schließlich noch die Gesetze über die Durchführung der ausländischer Bildstreifen und über den Reichsausschuss für Fremdenverkehr. Das erstere Gesetz bedeutet lediglich die weitere Verlängerung des schon bestehenden Gesetzes und überträgt die Ausführungsverordnungen, die den Zeitbedürfnissen angepaßt werden, vom Reichsinnenminister auf den Reichspropagandaminister. Durch den Reichsausschuss für Fremdenverkehr, der unter Führung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda steht, wird eine Vereinheitlichung und erhöhte Wirksamkeit der Fremdenverkehrspropaganda herbeigeführt. Das Reichskabinett traf dann noch eine Regelung über die Zuständigkeit auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung, die durch die Auflösung des Reichskommissariats für Arbeitsbeschaffung notwendig geworden war, dessen Befugnisse und Aufgaben auf den Reichsarbeitsminister übergehen. Der vom Reichsernährungsminister vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Pächterschutz wurde ebenfalls verabschiedet.

### Baubeginn: Montag, 26. Juni

Zunächst Probestrecke Frankfurt am Main-Heidelberg.

Den letzten Kabinettsbeschlüssen über die Schaffung eines großen Kraftfahrstraßennetzes waren längere Verhandlungen mit dem Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, vorangegangen, der, entsprechend den

Wünschen des Reichszanklers, alle Vorkehrungen hat treffen lassen, damit nunmehr schlagartig mit der Durchführung dieses gewaltigen Projektes begonnen werden kann.

Wie verlautet, hat die Deutsche Reichsbahn zunächst einen ersten Betrag von 50 Millionen Mark für die Inangriffnahme des geplanten Kraftfahrstraßennetzes bereitgestellt. Von dieser Summe, die selbstverständlich noch erhöht werden dürfte, sollen zunächst 24 Millionen für die Bearbeitung geeigneter Projekte und für die Ausführung einer Probestrecke Frankfurt a. M.—Heidelberg dienen. Schon in dieser Woche wird Generaldirektor Dr. Dorpmüller die für die Probestrecke in Aussicht genommene Gegend bereisen, damit das Projekt selbst unverzüglich ausgearbeitet werden kann.

Dr. Dorpmüller hat eine oberste Bauleitung in Frankfurt a. M. eingesetzt. Leiter ist Reichsbahnoberrat Büchel. Die Arbeiten begannen am Montag, 26. Juni. Während dieser Bau vor sich geht, wird die weitere Planung für die übrigen Teile des Netzes vorbereitet werden. **Gedacht ist an zwei bis drei große horizontale und ebenso vertikale Straßen durch das Deutsche Reich sowie an eine Querstraße.** Aus dem Muster der Köln-Bonner Bahn, die ohne Zwischentreifen sich nicht als günstig erwiesen hat, soll die gesamte Anlage etwa in der Art der Berliner Auen mit **Zwischentreifen** angelegt werden. Die Straßen werden mit einer Breite von etwa 30 Meter angelegt. Das bisherige Straßensystem wird auch ferner beibehalten bleiben, im ganzen aber will man der großen Zersplitterung auf dem Gebiete des Landstraßenwesens entgegenwirken.

## Die Arbeitsrechtskartei soll auf dem laufenden gehalten werden

In sehr vielen von der NSD. übernommenen Gewerkschaftskartellen ist die „Karten-Auskunftei des Arbeitsrechts“, Herausgeber: Amtsgeschäftsdirektor Dr. Kallen, verlegt im Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstraße 7, vorgefunden worden.

Diese Kartenauskunftei ist ein sehr gutes Nachschlagewerk, das infolge seiner Karteiform ständig auf dem laufenden gehalten werden kann.

Im Interesse der Betriebszellen- und Gewerkschaftsmitglieder liegt es, daß die Sachbearbeiter stets auf das genaueste informiert sind. Deshalb wird die Weiterführung dieser Kartenauskunftei allen in Betracht kommenden Stellen bestens empfohlen.

# Die Verbandsleitung des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes



Pg. H. Greve, Stellvertretender Verbandsleiter



Pg. Piontek, Verbandsleiter



Pg. Mitrup, Verbandsorganisationwart



Pg. Adler, Verbandschriftwart



Pg. Schöwe, Verbandsfachschaftwart



Pg. Hoerisch, Verbandspressewart



Pg. Lehmann, Verbandsfinanzwart

## Das Programm der NSDA.

Wir beginnen heute mit den Aufzügen über unser Programm und haben als erste Arbeit die Punkte 10 und 11 vorgelesen. In zwangloser Folge werden künftig alle anderen Programmpunkte besprochen.

### Punkt 10.

Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein,  
geistig oder körperlich zu schaffen.

Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

### Punkt 11.

Wir fordern Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.

Das stärkste Zeugnis für den sittlichen Verfall des deutschen Volkes in den Nachkriegsjahren ist der Punkt 10 unseres Programms. Eine Selbstverständlichkeit: „Arbeiten“ mußte erst durch einen Programmpunkt betont und zur Notwendigkeit gemacht werden.

Daß schon damals der Führer der NSDA, einen klaren Blick für alle Krankheiten des deutschen Volkes und ihre Bekämpfung hatte, wird eben durch den Punkt 10 ganz kraß bewiesen.

Und die Entwicklung der letzten 14 Jahre gab ihm recht.

### Freie Bahn dem Tüchtigen!

So hieß eins der Schlagworte unserer Regierungskünstler von 1918—1932. Das hieß natürlich noch lange nicht, daß der wirklich Tüchtige freie Bahn hatte! Nein, wer seine Ellenbogen recht grob gebrauchen konnte, um sich im Existenzkampf freie Bahn zu schaffen: das war der Tüchtige! Ob seine Nebenleute unter diesen Ellenbogenstößen zusammenbrachen oder nicht, das war diesen „Tüchtigen“ ganz egal! Wenn nur der eigene Weizen blühte, dann konnte des Nachbarn Garten ruhig verpageln! Was gehen mich die anderen an, was kümmert es mich, daß mein Volksgenosse im Nebenhaus hungert, was schert mich Not und Elend anderer Leute: Ich bin ich! Und wenn ich gut verdiene, habe ich gar keine Zeit, mich um andere zu kümmern! Das waren die Grundsätze der „Tüchtigen“!

Aus dieser materiellen Einstellung des einzelnen heraus mußte naturnotwendig das Elend der Gesamtheit ent-

sprechen. Denn die Rücksichtslosigkeit und der Eigennutz einer Schicht unserer Volksgenossen mußten dazu führen, andere Existenzen zu untergraben und die Arbeitslosigkeit zu steigern. Und mit dem Zwang, stempeln zu müssen, vereinigte sich bald eine Stimmung im Volke, die Arbeit als etwas Lästiges zu empfinden.

„Wer die Arbeit hat erfunden,  
hat ans Stempeln nie gedacht!“

Solche bitteren Scherzworte wurden aus der Stumpfsheit der Arbeitslosigkeit geboren.

Von oben herab bekam ja auch das deutsche Volk den besten Anschauungsunterricht, daß man nicht zu arbeiten braucht, um existieren zu können.

„Wer Arbeit kennt und sich nicht drückt,  
der ist verrückt.“

Nach diesem Motto handelten die Novemberhelden. Was früher als kleiner Schlosser 72 Pf. pro Stunde verdiente, mußte plötzlich — ohne zu arbeiten — 72 000 M. jährlich verdienen. Und dann hatte Herr Brolat vor Gericht noch die Stirn zu sagen, daß er mit diesem schäbigen Einkommen kaum leben konnte.

Was sich früher recht und schlecht als Arbeiter und Handwerker durchs Leben schlug, stolzierte plötzlich als Ministerialdirektor usw. im Ministerium für soundsso herum. Arbeitspensum: täglich 32 Unterschriften! Dafür aber Sekt aus Kübeln und Kaviar mit Löffeln!

Und so weiter!

Jeder große und kleine Schieber zeigte dem deutschen Volke, daß man gut leben kann, ohne zu arbeiten! Wenn man nur gut betrügen konnte!

Jeder Unternehmer glaubte, es seiner Tüchtigkeit schuldig zu sein, vom Lohne des Arbeiters abzuwaschen und sich von diesen Schweißpfennigen Willen zu bauen und Bankkonten anzulegen.

Bis auch hier endlich der Nationalsozialismus mit  
derber Faust dazwischenschlug!

Wir halten es mit dem alten Sprichwort: Wer nicht arbeiten will, braucht auch nicht zu essen!

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Volksgenosse körperlich oder geistig schaffen muß, sonst müssen andere für ihn arbeiten.

Das Recht, andere für sich arbeiten zu lassen, hat aber  
im nationalsozialistischen Deutschland kein Mensch!

Jeder an seinen Platz, jeder nach seinen Kräften und jeder nach seinem Können! Aber auf jeden Fall arbeiten und nicht schmarozeln! Und nicht bei jeder Arbeit an seine Tasche denken, sondern die Arbeit mit Stolz verrichten und immer das eine im Auge behalten:

Wenn ich als Glied der großen Kette, genannt deutsches Volk, meine Arbeit frudig und ganz verrichte und alle andern Glieder es ebenso tun, dann muß die Maschine, genannt Staat, tadellos in Schwung kommen. Also alle zusammen: h o o o - r u d!!!

Dann, Volksgenossen, gibt es erst „Musik in die Geschichte“. Wir Nationalsozialisten haben schon andere Kunststücke fertiggebracht: wir werden auch die Arbeitslosigkeit erledigen! Drei Monate Nazi-Regierung = 1 200 000 Arbeitslose weniger!! Warum haben das die früheren Regierungen nicht gekonnt, obwohl damals die Arbeitslosigkeit nicht so groß war? Waren die damaligen Regierer dumm? Nein, bestimmt nicht! Waren sie etwa zu schwach? Nein, wenigstens nach ihren starken Redensarten nicht.

Also was sonst?

Die kurze Antwort: Verlaßt und verfilzt waren sie genau so wie ihre ostraisischen Geldlieferanten. Geld für sich; Geld als Schmiere, Geld, Geld, Geld ohne Arbeit. Das war das einzige Gebet dieser verbrecherischen Schubiade!

Und weil wir den Fluch dieses materialistischen Denkens und seine Folgen klar erkannt haben, deshalb sagen wir:

Wir fordern Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens!

Berdienen soll jeder, der arbeitet! Je mehr er arbeitet, um so mehr soll er verdienen! Je mehr Qualität in seiner Arbeit steckt, um so größer soll sein Einkommen sein. Jede Leistung soll nach ihrer Güte bezahlt werden!

Aber wehe dem Gesocks, welches in dem Glauben verharret, sich weiterhin die Finger ohne Arbeit vergolden zu können: Für diese Art Volksgenossen ist künftig in Deutschland kein Platz mehr — höchstens im Konzentrationslager.

Und dort sollen sie bestimmt lernen, daß man ohne Arbeit nichts verdienen darf.

So wahr wir Nationalsozialisten sind!

Piontek.

# Wie steht es um die Invalidenversicherung?

Seit Bestehen der deutschen Invaliden-Versicherung sind wohl zu keiner Zeit die Beitragseinnahmen mit so großem Interesse verfolgt worden wie in den letzten Jahren, denn niemals vorher sind die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Invaliden-Versicherung so deutlich hervorgetreten, als in letzter Zeit. Lohnabbau, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit haben zu einem deutlichen Rückgang der Beitragseinnahmen nicht nur von Jahr zu Jahr, sondern von Monat zu Monat geführt.

Im Jahre 1929 betrugen die Beitragseinnahmen noch 1092 Mill. M., 1930 = 986,4 Mill. M., 1931 = 819,2 Mill. M., 1932 = 642,2 Mill. M. Auch das Jahr 1933 zeigt bisher gegenüber den Einnahmen der gleichen Monate im Jahre 1932 keine erheblichen Veränderungen. Der Verkauf an Beitragsmarken zeigt deutlich den Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Invaliden-Versicherung. Während im Jahre 1929 = 766,5 Mill. Beitragsmarken verkauft wurden, betrug der Umsatz im Jahre 1932 nur noch 519,2 Mill.

Nur unter starker Zuhilfenahme des nach der Inflation wieder angesammelten Vermögens und unter großen Opfern waren die Träger der Invaliden-Versicherung in der Lage, die rückständigen Postschulden abzudecken. Während das Vermögen der Invaliden-Versicherungs-Träger Ende des Jahres 1931 noch rund 1451 Mill. M. betrug, war es Ende 1932 auf 1250 Mill. M. gesunken und beträgt zur Zeit bei vorsichtiger Schätzung etwa 1100 Mill. M.

Das Defizit der Invaliden-Versicherung zeigt seit 1931 ein ständiges Steigen. Im Jahre 1933 schätzte man es auf rund 115 Mill. M. Wenn man bei der Frage der Sanierung der Invaliden-Versicherung davon ausgeht, daß 1 Mill. Arbeitslose, die in den Arbeitsprozeß übergeführt werden, der Invaliden-Versicherung ungefähr 50 Mill. M. Beiträge einbringen, so müssen 2,5 Mill. Arbeitslose wieder beschäftigt werden, um nur das Defizit von 1933 zu decken. Da aber die Rentenausgaben eine jährliche Steigerung von rund 60 Mill. M. bringen, würden auch die Überführung sämtlicher Arbeitslosen in eine Beschäftigung nicht mehr ausreichen, um die steigenden Ausgaben zu decken.

Das ist in nüchternen Zahlen das Bild der Gegenwarts-lage der Invaliden-Versicherung, die beweist, daß auch ohne nur immer alle Schwierigkeiten der Wirtschaftskrise zuzuschreiben, die Reform der Invaliden-Versicherung unbedingt notwendig, wenn eine Sanierung überhaupt noch möglich ist.

Dem Vernehmen nach hat das Reichsarbeitsministerium seine Arbeiten zur Reform der Invaliden-Versicherung abgeschlossen. Die zu diesem Zweck aufgestellten versicherungsmathematischen Bilanzen sollen einen Fehlbetrag von ungefähr 7 bis 16 Milliarden M. ergeben. Durch Aufstockung der Beitragsklassen, durch eine Beitragserhöhung sowie durch eine Erhöhung der Reichsmittel und Umänderung der Rentenberechtigung für die Zukunft soll eine Sanierung der Invaliden-Versicherung erreicht werden, die aber einmal nicht das Gefühl absoluter Sicherheit der Rentenanprüche für den Arbeiter haben wird und zum anderen auch nicht der Regelung entspricht, die der Rationalsozialismus anstrebt.

Es gilt vielmehr einen Weg zu suchen, der die für die Arbeiterschaft so lebensnotwendige Einrichtung von allen Schläden befreit und als eigene Einrichtung der Arbeitnehmer in ihre Arbeitsfront verankert.

Anders

Abt. für Sozialversicherung

im Gesamtverband der deutschen Arbeiterverbände

## Das Tarifamt

Seit seinem Bestehen hat das Tarifamt der Deutschen Arbeitsfront die Erfahrung machen müssen, daß es für alle irgendwie denkbaren Fragen sozialpolitischen Inhalts aus dem ganzen Reich in Anspruch genommen wird. Mögen es nun Lohn- oder Gehaltsdifferenzen, Urlaubsregelung, Arbeitszeitkürzung und dergleichen sein, wer sich beschwert fühlt, wendet sich an das Tarifamt. Für dieses große Maß des Zutrauens ist das Tarifamt dankbar und wird dadurch stets von neuem angefaßt, sich mit voller Kraft der Neuordnung eines Teils der deutschen Sozialpolitik zu widmen. Nun sind dem Tarifamt aber noch die Abteilungen Arbeitsrecht und Gewerbeaufsicht angegliedert, und es mag ein jeder nun selbst ermesen, welche Arbeitslast auf die im Tarifamt tätigen Personen liegt. Daß sowieso in der Zeit einer revolutionären Umwälzung viel Reibungen entstehen, liegt auf der Hand. Es ist dem Tarifamt völlig unmöglich, Einzelfälle zu verfolgen und zu bearbeiten. In seiner Verfügung über den deutschen Arbeitsfrieden vom 16. Mai d. J. hat der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Parteigeosse Dr. Ley, eindeutig und ausdrücklich erklärt, daß sämtliche sozialpolitischen Angelegenheiten durch die 13 Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront innerhalb ihres Bezirks erledigt werden müssen. Es bedeutet also, daß das Tarifamt für Einzelzusendungen nur eine Postverteilungsstelle ist. Diese Anordnung geschah in der sehr richtigen Erkenntnis, daß es dem Tarifamt unmöglich ist, die Verhältnisse in irgendeinem Bezirk oder etwa in einem Betrieb so überblicken zu können, daß es zu einem gerechten Urteil gelangen kann. Erst wenn überhaupt keine Einigung in den unteren Instanzen mehr möglich ist, kann in Zukunft das Tarifamt ein Urteil fällen.

Seine Hauptaufgabe besteht jedoch darin, die Neugestaltung der Tarifverträge zu überwachen und dafür zu sorgen, daß sie gleichmäßig auf das neue deutsche Arbeitsrecht abgestimmt sind. Es wird also nur Grundfälliges im Tarifamt verarbeitet.

Wenn die Anweisung über den Urlaub in vielen Fällen Zweifel über ihre Auslegung hervorgerufen hat, so lag das fast überall an der mangelnden Beachtung der Verordnung über den Wirtschaftsfriede vom 16. Mai d. J., denn sonst hätte jeder, der Streitfragen zu entscheiden hatte, sich darüber klar sein müssen, daß es völlig ausgeschlossen war, mit dieser Anweisung bestehende Vereinbarungen irgendwie anzulasten. Damit wäre ein Wirtschaftsfriede illusorisch geworden. Nur dort, wo allerdings auch in sehr zweifelsreichen Fällen weder vertraglich noch sonst irgendwie festfundierte Basis vorhanden war, sollte die Anweisung eingreifen. Sie ist mittlerweile in kommentarischer Form ergänzt worden und lautet nun in Punkt 1 und 2:

1. Für das Jahr 1933 darf die Urlaubsdauer gegenüber den Vereinbarungen für das Jahr 1932 nicht gekürzt werden.
2. In jedem Falle ist für die Urlaubszeit, soweit nicht vertraglich etwas anderes vereinbart ist, der volle ungekürzte Wochenlohn unter Zugrundelegung der 48-Stunden-Woche zu zahlen, wenn nicht seit längerer Zeit verkürzt gearbeitet wurde.

Es ist anzunehmen, daß durch diese neue Bekanntmachung nunmehr alle Zweifel behoben sind.

Immerhin jedoch ist das Tarifamt für Anregungen und Mitteilungen aus der Praxis außerordentlich dankbar, denn nichts wäre verkehrter als die Meinung, es könnte sich jetzt ein Bürokratengeist breitmachen; im Gegenteil; die im Tarifamt tätigen Personen kommen alle aus der Praxis und kennen sehr wohl aus eigener Erfahrung den gesamten Fragenkomplex, der zu behandeln ist. Es soll jedoch nie so sein, daß sich das Tarifamt etwa den Ereignissen und Verhältnissen im Reich gegenüber hermetisch abschließt.

Große Aufgaben stehen uns bevor, und mögen darum alle, die an ihrer Bewirklichung mitzuarbeiten haben, gut gerüstet sein, die gestellten Aufgaben zu lösen.

gez.: P e p p l e r

Leiter des Tarifamtes

## Das Gesetz über die „Treuhand der Arbeit“ vom 19. März 1933

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Der Reichskanzler ernannt auf Vorschlag der zuständigen Landesregierungen und im Einvernehmen mit ihnen für größere Wirtschaftsgebiete Treuhänder der Arbeit.

(2) Der Reichsarbeitsminister soll die Treuhänder im Einvernehmen mit den beteiligten Landesregierungen einer von diesen oder einer Landesbehörde zuteilen.

§ 2

(1) Bis zur Neuordnung der Sozialverfassung regeln die Treuhänder an Stelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern, einzelner Arbeitgeber oder der Vereinigungen von Arbeitgebern rechtsverbindlich für die beteiligten Personen die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen. Die Vorschriften über die Allgemeinverbindlichkeit (§§ 2 ff. der Tarifvertragsverordnung in der Fassung vom 1. März 1928, Reichsgesetzbl. I, S. 47) bleibt unberührt.

(2) Auch im übrigen sorgen die Treuhänder für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens.

(3) Sie sind ferner zur Mitarbeit bei der Vorbereitung der neuen Sozialverfassung berufen.

§ 3

Die Treuhänder können die zuständigen Reichs- und Landesbehörden um die Durchführung ihrer Anordnungen und Verfügungen ersuchen. Sie sollen sich vor ihren Maßnahmen mit der Landesregierung oder einer von ihr bezeichneten Behörde in Verbindung setzen, es sei denn, daß Gefahr im Verzuge besteht.

§ 4

Die Treuhänder der Arbeit sind an Richtlinien und Weisungen der Reichsregierung gebunden.

§ 5

Der Reichsarbeitsminister erläßt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die notwendigen Durchführungsbestimmungen.

Berlin, den 19. Mai 1933.

Der Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsarbeitsminister

Franz Seldte

Der Reichswirtschaftsminister

und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Hugenberg

Der Reichsminister des Innern

Fried

Der Reichsminister der Finanzen

Graf Schwerin von Krosigk

## Vom Versprechen und Halten

Wie ein einfacher Arbeiter die Dinge ansieht.

Von Arbeitskollegen, die der neuen Entwicklung der Dinge zwar stillschweigend, aber noch mit Mißtrauen gegenüberstehen, kann man zu oft hören: ja, die neuen Herren tun sich leicht mit Versprechen, sie versprechen dem Arbeiter besseres Auskommen, dem Unternehmer mehr Verdienst, dem Bauern höhere Preise und den Städtern billigere Lebensmittel. Dafür, daß dieses scheinbare Ünding in Wirklichkeit durch-

zuführen ist, möchte ich nur ein Beispiel anführen. Beim Zucker frißt die Steuer allein zwei Drittel des Preises, während die Zuckerrübenzücker, die Zuckerrübenzücker, die hunderttausenden Arbeiter, die Großhändler, Kleinhändler, alle zusammen sich nur mit einem Drittel begnügen müssen. Selbst wenn alle an der Zuckerzeugung Beteiligten, vom Rübenbauer und den Fabrikanten bis zum Heer der Arbeiter doppelt soviel verdienen würden, so brauchte die Hausfrau statt 42 Pf. für das Pfund Zucker nur etwa 30 Pf. zu zahlen, wenn nicht eine ungeheure Steuer auch dieses Lebensmittel wie die meisten anderen belasten würde. In der Schweiz kostet der Zucker etwa nur ein Drittel soviel wie bei uns, obwohl dieses Land seinen Zucker, allerdings — und das ist das Wichtigste — steuerfrei aus Deutschland bekommt.

Wozu braucht nun der Staat diese ungeheuren Steuern? In erster Linie zur Verzinsung seiner Staatsschulden an einige unsichtbare hundertfache Millionäre, denn alles, was der Staat ausgibt für Beamtengehälter, Schulen, Straßbauten usw., alles das zusammen ist gering gegen die Tribute an einige große Börsenmänner. Nur um einen Begriff von dieser ungeheuren Summe zu haben, bedenke man, daß der Staat dafür allen 6 Millionen Arbeitslosen ihren vollen Lohn zahlen könnte. Wieviel produktive Arbeit könnte also mit diesen Unsummen geleistet werden!

Ich höre da schon wieder sagen: „Ja, wir haben den Krieg verloren, und darum...“ Die anderen haben ihn gewonnen und zahlen genau so wie wir. Der „Sieger“ England zahlt jährlich 6 Milliarden (!!) Goldmark Zins, Amerika 5 Milliarden, alle anderen „Sieger“ ähnliche Summen. Arbeiter, bedenke, wenn alle Völker, Sieger wie Besiegte, zahlen, wer streicht dann diese ungeheuren Summen ein? Ein kleines Häuflein fast nur jüdischer Börsenmänner, von denen auch der radikalste Schreier kein Wort gesagt hatte. Trotzdem der Arbeiter Riesenorganisationen geschaffen hat, die zum Teil bis 98 v. H. der Berufsangehörigen umfaßt haben, trotzdem er wochen- und monatelange Kämpfe oft unter heroischer Entbehrung durchgeführt hat, trotzdem ist seine Not immer größer, die Macht und der Reichtum des Weltkapitals aber immer gewaltiger geworden. Einen Pfennig hat sich der Arbeiter erobert und drei hat ihm eine unsichtbare Macht genommen.

1918 hat das Volk seine Fürsten abgekehrt. Wenn es trotzdem nicht besser geworden ist, so liegt es daran, daß es nicht auch jene ungekrönten Geldfürsten entthront hat, die dem deutschen Volk hundertmal soviel Geld kosten wie seine 22 regierenden Fürsten, Könige, Kaiser samt ihrem Anhang zusammengekommen.

Das Versprechen der neuen Regierung, allen körperlich wie geistig Schaffenden eine bessere Zukunft zu bringen, ist nicht so unmöglich, weil sie dem gemeinsamen Ausbeuter aller Schaffenden den Kampf angesagt hat.

Karl Schneider, München

## Führerrat der Arbeiterverbände

Anweisung.

Es wird ein Kleiner und Großer Führerrat im Gesamtverband der Deutschen Arbeiterverbände gebildet. Der Kleine Führerrat besteht aus dem Führer Schumann, dem stellvertretenden Führer Brucker, dem Schatzmeister Brindmann, dem Organisationsleiter Muchow und dem Presseleiter Biella.

Der Große Führerrat besteht aus den Mitgliedern des Kleinen Führerrats, aus den 15 Verbandsleitern, den Abteilungsleitern Anders, Dr. Denker, v. Hodenberg, Dr. Kaiser, Dr. Kilian, Klapper, Kurth Mende, Otto, Raumer, Reichnow, Dr. Schreiter und Dr. Zängel.

gez.: W. Schumann,

Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiterverbände.

\*

Anweisung.

Um Irrtümer und Unklarheiten zu berichtigen, wird hiermit bekanntgegeben, daß das Tarifamt der Deutschen Arbeitsfront für folgende Angelegenheiten zuständig ist:

Tarife

Arbeitsrecht

Gewerbe-Aufsicht

Heil Hitler!

gez. P e p p l e r.

## Verbandsamtliche Mitteilungen

Sitz des Verbandes.

Vom 27. Juni 1933 ab ist nicht mehr Leipzig Sitz des Verbandes, sondern die neue Anschrift lautet:

Deutscher Steinarbeiter-Verband,

Berlin W 9,

Königin-Augusta-Straße 12, Hinterhaus.

\*

Berjammlungen.

Den Amtswaltern des Verbandes verbiete ich, politische Berjammlungen abzuhalten.

Gestattet sind lediglich Fachberjammlungen zur Neuorganisation des Verbandes.

A. Piontek, Verbandsleiter.

Berlin W 9, den 28. Juni 1933.

Verlag: Deutscher Steinarbeiter-Verband, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. — Verantwortlich für die Schriftleitung: H. Goerlich, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. — Druck: Buchdruckwerkstätte G. m. b. H., Berlin SW 61, Treibundstraße 5.